

## Antrag

### der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Die europäische Perspektive der Republik Moldau unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 27. Juni 2014 hat die Republik Moldau das Assoziations- und Freihandelsabkommen (DCFTA) mit der EU unterzeichnet. Bereits zum 28. April 2014 hat die Republik Moldau als erster Staat unter den Ländern der Östlichen Partnerschaft Visafreiheit mit der EU für Schengen-Kurzzeit-Visa erlangt. Grundlage hierfür war die schnelle und erfolgreiche Implementierung des Aktionsplans für die Visaliberalisierung (VLAP) mit der EU. Der Deutsche Bundestag würdigt die europäische Ausrichtung der Republik Moldau und ihre Reformbemühungen und Fortschritte auf dem Weg nach Europa.

Die Angebote der Östlichen Partnerschaft und der Nachbarschaftspolitik der EU haben hierzu einen wichtigen Kooperationspfad eröffnet. Das Assoziationsabkommen mit der EU, einschließlich des darin enthaltenen tief greifenden und umfassenden Freihandelsabkommens, stellt ein ambitioniertes Reformprojekt dar. Die Implementierung dieses Abkommens beim Eigentumsschutz, Wettbewerbsrecht oder der Korruptionsbekämpfung wird allerdings noch Jahre in Anspruch nehmen. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die europäische Perspektive der Republik Moldau. Der Bundestag bekräftigt die freie Wahl der Staaten Europas, selbst zu entscheiden, welchem Integrationsmodell sie sich anschließen wollen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt, dass grundlegende Entscheidungen über die Orientierung der Republik Moldau nur infolge freier und verfassungsmäßiger Wahlen gefunden und anerkannt werden können.

Deutschland muss seine Bemühungen um eine Deeskalation der Spannungen in Osteuropa und auch in der Republik Moldau fortsetzen.

In den vergangenen Jahren hat die Republik Moldau deutliche Schritte hin zu mehr Demokratie, der Einhaltung der Menschenrechte, politischem Pluralismus und einer freieren Presse unternommen. Dies gilt auch für Reformen im Justizdienst und bei der Bekämpfung von Korruption. Dennoch bleibt insbesondere die Reform des Justizwesens und die Bekämpfung von Korruption, einschließlich unter politischen Amts- und Mandatsträgern, dabei eine zentrale Herausforderung.

Einschlägige internationale Indikatoren zeigen Fortschritte bei den wirtschaftlichen Reformen, die durch die hohe Wachstumsrate im vergangenen Jahr unterstrichen werden. Gleichwohl verbleiben große Herausforderungen beim Aufbau unabhängiger Institutionen, der Verbesserung des Investitionsklimas und der Investitionssicherheit sowie des Aufbaus einer funktionierenden Marktwirtschaft. Die Koopera-

tionsangebote der EU erfordern weitere Reformanstrengungen der Republik Moldau. Zugleich aber verdient die Republik Moldau auf diesem Weg eine nachhaltigere und verstärkte Unterstützung von der EU und von Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die angestrebte politische Assoziation und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Moldau tatkräftig zu fördern und ihre europäische Perspektive zu bekräftigen;
- die Republik Moldau bei der Umsetzung des Assoziationsabkommens und der dafür notwendigen Reformen zu unterstützen und sich bei der EU dafür einzusetzen, die Hilfe für diese Umsetzung auszubauen;
- die Republik Moldau bei den Bemühungen zu unterstützen, den Menschenrechtsstandard der Europäischen Menschenrechtskonvention uneingeschränkt Geltung zu verschaffen und insbesondere den Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution entschlossen fortzusetzen;
- die bilaterale entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Republik Moldau weiter auszubauen. Dabei sollte auch künftig – soweit als möglich – eine Einbeziehung Transnistriens erfolgen;
- alle Anstrengungen für eine Lösung des Transnistrien-Konfliktes fortzusetzen, die die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau im Rahmen eines funktionsfähigen Staatswesens auf der Grundlage demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien sichert;
- alle an den 5+2-Verhandlungen beteiligten Seiten aufzufordern, von Handlungen abzusehen, die die Spannungen in diesem Konflikt verschärfen können;
- die EU-Mission für die Moldauisch-Ukrainische Grenze (EUBAM) weiterhin zu unterstützen und sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Republik Moldau und der Ukraine zur Sicherung der gemeinsamen Grenze und zur Eindämmung des illegalen Warentransfers über Transnistrien einzusetzen;
- den Dialog der Republik Moldau mit Gagauzien über die künftige Ausgestaltung der Autonomie zu unterstützen;
- sich gegenüber Rumänien weiter für die Ratifizierung des Grenzvertrages mit der Republik Moldau einzusetzen;
- sich gegenüber der Regierung der Republik Moldau dafür einzusetzen, dass Korruption auf allen Ebenen entschieden bekämpft, ein transparentes System der Parteienfinanzierung geschaffen und das Justizwesen weiter reformiert wird;
- gegenüber der EU eine Erhöhung der Quoten für den Export landwirtschaftlicher Produkte aus der Republik Moldau zu unterstützen und sich für die kurzfristige Einrichtung eines Krisenfonds seitens der EU einzusetzen, um die Republik Moldau im Falle wirtschaftlicher Sanktionen schnell und wirksam unterstützen zu können.

Berlin, den 1. Juli 2014

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Thomas Oppermann und Fraktion**  
**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**